

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. September 2012
– Drucksache 15/2304**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 5. September 2012 – Drucksache 15/2304 – Kenntnis zu nehmen.

18. 10. 2012

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Markus Rösler

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/2304 in seiner 21. Sitzung am 18. Oktober 2012.

Der Berichterstatter schlug vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Eine Abgeordnete der Grünen schloss sich diesem Vorschlag an und fügte hinzu, der Landtagsbeschluss, zu dem die Landesregierung jetzt berichtet habe, sei vor noch nicht allzu langer Zeit gefasst worden. Sie halte es für erstaunlich, dass die Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg in relativ kurzer Zeit viele Ideen entwickelt und umgesetzt hätten, um auch Studierenden außerhalb des öffentlichen Dienstes gute Angebote zu unterbreiten.

Der Vizepräsident des Rechnungshofs unterstrich, in den Denkschriften der vergangenen Jahre fänden sich viele strukturelle Einsparvorschläge des Rechnungshofs. Der jetzt aufgegriffene Beitrag aus dem Jahr 2007 sei dafür ein typisches Beispiel. Der Rechnungshof habe in diesem Beitrag Vorschläge gemacht, bei deren Realisierung die öffentliche Hand einen erheblichen Betrag eingespart hätte. Der Ausschuss sei sich allerdings sehr einig gewesen und habe sich mit seinen Beschlüssen weit von den damaligen Empfehlungen des Rechnungshofs entfernt. Dafür ließen sich sicher gute Gründe anführen, doch seien strukturelle Einsparungen bedauerlicherweise oft auch mit Einschnitten und Nachteilen verbunden.

Ein Abgeordneter der SPD zeigte auf, die Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur prüfe derzeit alle Rechnungshofbeiträge daraufhin, welche der darin enthaltenen Vorschläge früher vielleicht beiseitegelegt worden seien und noch realisiert werden könnten. Der Rechnungshof habe im Hinblick auf die Ausbildung zum gehobenen Dienst u. a. empfohlen, den angehenden Verwaltungsbeamten, die an den Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg studierten, keine Unterhaltsbeihilfe mehr zu zahlen. Dadurch hätte sich ein nennenswerter Betrag einsparen lassen. Dem sei der Ausschuss nicht gefolgt. Die Regierungskoalition beabsichtige nun jedoch, die Eingangsbesoldung für neue Beamte zu senken. Damit würden auch im gehobenen Dienst Einsparungen erzielt und übernehme sie einen Teil der Vorschläge des Rechnungshofs.

Seine Fraktion plädiere insofern dafür, von der vorliegenden Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen und den aufgerufenen Beratungsgegenstand somit als erledigt zu betrachten.

Der Ausschuss fasste ohne förmliche Abstimmung die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/2304, Kenntnis zu nehmen.

07. 11. 2012

Dr. Reinhard Löffler